

«Wir werden uns durchsetzen»

Kosovos Ministerpräsident Hashim Thaci über sein Land eine Woche nach der Unabhängigkeitserklärung

NZZ am Sonntag: In den neunziger Jahren arbeiteten Sie in Zürich nicht nur am Aufbau der Kosovo-Befreiungsarmee (UCK), sondern studierten dort auch Geschichte. Was nützt Ihnen dieses Studium heute?

Hashim Thaci: Mein Studentenleben war sehr dynamisch und produktiv. Ich lernte, wie man Toleranz pflegt und eine Staatsidentität aufbaut. Dafür bin ich der Schweiz dankbar – wie so viele andere Kosovo-Albaner auch.

Wie unabhängig und souverän ist der neue Staat Kosovo überhaupt? Sie haben nach wie vor eine internationale Verwaltungsbehörde über sich und keine Kontrolle über den serbisch besiedelten Nordzipfel.

Wir sind ein unabhängiger, souveräner und demokratischer Staat. Wir sind kein Protektorat! Die internationalen Behörden haben nur Aufsichts- und Beratungsaufgaben.

Aber die Verwaltungsbehörde kann Gesetze kassieren und Politiker entlassen, die Minderheitenrechte verletzen.

Das wird aber niemals der Fall sein. Wir haben diese Bestimmungen über Minderheitenrechte akzeptiert und zu einem Teil unserer Verfassung und unserer Politik gemacht. Die Exekutivgewalt der internationalen Verwaltungsbehörde ist also rein theoretisch.

Und der Norden Kosovos, der faktisch von Belgrad kontrolliert wird?

Auf dem ganzen Territorium Kosovos sind die Nato und die Uno-Mission präsent. Die territoriale Integrität ist durch sie und die kosovarischen Behörden garantiert. Es stimmt, wir haben im Norden eine interessante Situation. Aber wir werden uns durchsetzen, dazu sind wir entschlossen.

Wie? Im Norden regieren serbische Strukturen. Die Autonummern, die Währung, alles ist serbisch.

Wir müssen Verständnis zeigen. Es braucht Zeit, bis sich dort die Lage beruhigt hat und die Emotionen abgekühlt sind. Aber wir machen keine Kompromisse mit Extremisten. Kosovo ist die Heimat aller seiner Bürger. Die Kosovo-Serben sollten sich nicht mit extremistischen Politikern in Nord-Kosovo identifizieren.



Hashim Thaci, der erste Ministerpräsident des unabhängigen Kosovo, in seinem Büro in Pristina. (Tomislav Georgiew/EST-Ostphoto)

Die Serben in Kosovo sehen sich als Bürger Serbiens.

Jeder Bürger auf unserem Territorium ist ein Bürger Kosovos. Aber als moderner Staat erlauben wir Doppelbürgerschaften, das können Doppelbürgerschaften sein mit Serbien oder auch mit der Schweiz.

Hashim Thaci

Thaci wurde 1968 als Bauernsohn geboren. 1995 erhielt er in der Schweiz politisches Asyl. Im Kosovo-Krieg war er politischer Chef der Kosovo-Befreiungsarmee (UCK). Nach dem Rückzug Serbiens 1999 gründete er die Demokratische Partei Kosovos. Diese gewann im letzten Dezember die Wahlen. (zzs.)

Bis jetzt hatten alle kosovo-albanischen Parteien dasselbe Ziel: Unabhängigkeit. Welche Sozial- und Wirtschaftspolitik wollen Sie nun verfolgen?

Die Unabhängigkeit hat neue Perspektiven eröffnet. Die Wirtschaft wird wachsen, das ist die beste Sozialpolitik. Wir werden in die Infrastruktur investieren und in den Tourismus.

Mit welchen Mitteln?

Sehr bald wird eine internationale Geberkonferenz stattfinden. Davon erhoffen wir uns viel Unterstützung.

In welchen Bereichen kann sich Kosovo wirtschaftlich entwickeln? Was wollen Sie als Ministerpräsident beitragen?

Ich erwarte keine Wunder. Kosovo ist eines der ärmsten Länder Europas. Aber wir haben ein grosses Potenzial.

Darum kümmere ich mich. Im Bergbau, in der Energieproduktion gibt es Möglichkeiten, aber auch bei der Förderung von Klein- und Mittelbetrieben. Und ich werde sicherlich dem Bildungsbereich grosse Aufmerksamkeit schenken.

Kosovo-Albaner klagen oft, dass die Schweiz das Saisonierstatut abgeschafft hat. Wünschen Sie sich dessen Wiedereinführung?

Wir erwarten, dass sich der europäische Arbeitsmarkt für Kosovaren öffnet. Wenn wir zwischenstaatliche Beziehungen mit der Schweiz aufbauen, werden wir auch die Saisonierfrage behandeln. Sehr bald öffnen wir unsere Botschaft in Bern, und, ja, ich würde es begrüßen, wenn wieder ein Saisonierstatut eingeführt würde.

In der Unabhängigkeitserklärung erwähnten Sie die UCK mit keinem Wort, obwohl der bewaffnete Kampf wesentlich zur Unabhängigkeit beitrug. War das aus Rücksicht auf die internationale Verwaltungsbehörde?

Nein. Wichtig ist, dass das Ziel der UCK erreicht wurde: Unabhängigkeit.

Wollten Sie die Serben nicht vor den Kopf stossen?

Ich erwähnte die Opfer, welche die Kosovaren brachten. Die Unabhängigkeit ist das Verdienst von zwei Millionen Bürgern. Nicht nur von gewissen Gruppen. Damit geht ein hundertjähriger Kampf zu Ende – und nicht bloss der jüngste Krieg.

Wie wollen Sie die Versöhnung mit den Kosovo-Serben und mit Serbien vorantreiben? Vor ein paar Wochen verweigerten Sie eine Entschuldigung für die von der UCK begangenen Verbrechen.

Sie müssen zwischen Kosovo-Serben und Serbien unterscheiden. Die Kosovo-Serben sind unsere Bürger und Partner in der Regierung. Ich habe zwei serbische Minister in der Regierung. Mit Serbien wollen wir ein gutnachbarschaftliches Verhältnis, wie mit anderen Nachbarn auch. Ich will Versöhnung. Aber es ist eine Tatsache, dass von Serbien Kriegsverbrechen und ein Genozid begangen wurden.

Soll eine Wahrheitskommission die Geschichte von allen Seiten beleuchten?

Vielleicht. Ich will auf alle Fälle gute Beziehungen mit Serbien. Ich anerkenne die Unabhängigkeit Serbiens und hoffe, Belgrad anerkennt bald die unsere.

Wann wird die kosovarische Fussballnationalmannschaft erstmals an einem internationalen Turnier spielen? Sehr bald.

Aber um in die Uefa und andere internationale Verbände aufgenommen zu werden, muss Kosovo Uno-Mitglied sein. Das geht nicht ohne Russland.

Die Uefa wird diese Regelung bald aufgeben, denn die Uno hat ja nichts mit Fussball zu tun. Seien Sie sicher: Wir sind an der übernächsten Weltmeisterschaftsqualifikation dabei. Interview: Andreas Ernst, Pristina

ANZEIGE

wein@home

20% Online-Rabatt auf alle Weine

Ausgeschlossen: alle Aktionen, Schaumweine, Champagner und sämtliche Weine mit über 15 Volumenprozenten.

Gültig bis 1.3.08

Diese Woche profitieren Sie auch bei coop@home von 20% Rabatt auf allen Weinen. Einfach Ihren Lieblingstropfen online aussuchen und bequem zu Ihnen nach Hause liefern lassen. Zum Wohl!

Lieferung pünktlich persönlich

Für den Einkauf zu Hause.

www.coop.ch

coop

Für mich und dich. **@home**



Hans Modrow, früherer DDR-Politiker. (AP)

Modrow erteilt Kuba Nachhilfe

Der 80-jährige Hans Modrow, der vorletzte Ministerpräsident der DDR, befindet sich derzeit in politischer Mission auf Kuba. Dies teilte der in Mexiko lehrende deutsche Politologe Heinz Dieterich mit, der gute Kontakte zu Lateinamerikas Kommunisten unterhält. Laut Dieterich wurde Modrow von Kubas scheidendem Staatschef Fidel Castro eingeladen. Dieterich interpretiert den Besuch Modrows als Vorbereitung für kommende Reformen in Kuba: «Ich bin sicher, er sagt ihnen, dass ohne Beteiligung der Bevölkerung und ohne Reformen der historische Sozialismus heute nicht überleben kann.» Der Besuch Modrows erfolgte kurz nach der Ankündigung Fidel Castros, nicht mehr für eine Wiederwahl als Chef von Armee und Staat zur Verfügung zu stehen. Als dessen Nachfolger dürfte heute Sonntag wohl sein Bruder Raúl Castro bestimmt werden, der früher bereits einen «strukturellen Wandel» für das seit fast 50 Jahren kommunistisch regierte Kuba gefordert hat. Hans Modrow hatte noch Ende 1989 bei seinem Amtsantritt in Ostberlin versucht, eine eigenständige DDR mit reformiertem Sozialismus in die Zukunft zu retten. Der Versuch misslang und endete später mit der Wiedervereinigung der damals zwei deutschen Staaten. *Matthias Knecht, San José*

Schweden blockiert russische Ostsee-Pipeline

Schweden wehrt sich gegen Pläne für eine Gasleitung durch die Ostsee. Eine langgezogene Umweltverträglichkeitsprüfung könnte das Projekt blockieren.

Luise Steinberger, Stockholm

Ab Frühjahr 2010 soll Erdgas vom russischen Wyborg durch die Ostsee nach Greifswald in Deutschland fließen. Die Pipeline soll jährlich 55 Milliarden Kubikmeter russisches Gas befördern, genug, um 20 Millionen Haushalte zu versorgen. Doch die Nord Stream genannte Leitung, deren gleichnamiger Betreiber in Zug sitzt, bleibt möglicherweise noch lange ein Projekt.

Nach knapp zwei Monaten Prüfung wies das schwedische Umweltministerium den Antrag von Nord Stream, hinter dem die russische Gazprom (51 Prozent der Aktien) und die deutschen Konzerne BASF und E.ON (je 24,5 Prozent) stehen, kürzlich zurück. Die für die Umweltverträglichkeitsprüfung

eingereichten Unterlagen seien unvollständig, lautete die Begründung. So fehlten eine Beschreibung der Umweltfolgen der geplanten Gasleitung sowie alternativer Trassen, eine umfassende Beschreibung von Ziel und Zweck des Projekts, eine Analyse der sogenannten Nulllösung (kein Bau der Leitung) und das Resultat einer Studie über militärischen Müll am Meeresgrund, der beim Bau aufgewühlt werden könnte. Kurz: Laut der Umweltbehörde fehlt in dem Antrag fast alles, was die Konvention über grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfungen und das internationale Seerecht vorschreiben.

Dass der für 2009 geplante Baubeginn damit illusorisch sei, will Schweden offiziell nicht bestätigen: «Wenn der Antrag vollständig und sorgfältig ausgeführt ist, braucht die Verträglichkeitsprüfung nicht lange zu dauern», erklärt ein Sprecher von Umweltminister Andreas Carlgren auf Anfrage. Aber die Verantwortung für den Zeitplan liege allein bei Nord Stream. Man lässt Nord Stream also abblitzen, nachdem die Firma in der Zeitung «Svenska Dagbladet» über einen Sprecher «einen konstruktiven Dialog über ein europäisches Projekt» gefordert hatte.

Die von Schweden geforderte Sorgfalt hat auch politische Gründe. Die Bevölkerung lehnt das Projekt mehrheitlich ab. Für Unruhe sorgt vor allem die Aussicht, dass ständig russische Marineschiffe vor der schwedischen Küste kreuzen sollen, um die Pipeline und eine Wartungsplattform zu bewachen. Die Opposition im Reichstag hat die Regierung aufgefordert, politisch



ANZEIGE

Depression



KLINIK SCHLOSS MAMMERN
 Akutspital für Innere Medizin
 mit integrierter Rehabilitation
 Tel. +41 52 742 11 11
 Fax +41 52 742 16 11
 8265 Mammern, Thurgau
 mail@klinik-schloss-mammern.ch
 www.klinik-schloss-mammern.ch
 www.swissleadinghospitals.ch